

Pressemitteilung

Demokratie muss gelernt sein - Landtag beschließt mehr Demokratie an Schule

Dresden, 6. Juli 2023. Im Rahmen seiner heutigen Plenarsitzung befasste sich der Sächsische Landtag auf Antrag der Koalitionsfraktionen unter anderem mit der Schule als Ort von Demokratie und Vielfalt. Der Landtag beschloss unter anderem, die Staatsregierung zur Stärkung von Demokratiebildung, Mitbestimmung und Vielfalt in den Schulen aufzufordern.

Der LandesSchülerRat Sachsen (LSR) begrüßt die Initiative und die Entscheidung des Landtages ausdrücklich und fordert die Staatsregierung auf, die Vorgaben des Parlamentes zügig umzusetzen.

»Demokratie und Vielfalt sind für die Schulen von besonderer Bedeutung. Schule muss auf das spätere Leben vorbereiten. Demokratie, Toleranz und Vielfalt müssen dazugehören«, so Lilly HÄRTIG, die Vorsitzende des LandesSchülerRat.

Schule ist ein Lern- und ein Lebensraum. Das gilt auch für Demokratie und Vielfalt. Zum einen müssen beide Themen im Unterricht eine Rolle spielen. Demokratiebildung und politische Bildung müssen gestärkt werden, wie der Landtag es richtigerweise fordert. Dazu gehört aus Sicht des LSR z.B. die Entscheidung, politische Bildung als Querschnittsaufgabe aller Fächer zu sehen, GTAs und Kooperationen mit außerschulischen Partnern wie Gedenkstätten ausbauen und Projekttag an den Schulen zu fördern. Das Handlungskonzept *WieWerte*, welches aktuell fortgeschrieben wird, muss ambitionierte Ziele dafür festlegen.

Zum anderen müssen Demokratie und Vielfalt in Schulalltag spürbar sein. Es bringt nichts über Demokratie im Unterricht zu reden, wenn die Schule selbst undemokratisch ist. Schule ist der Ort, an welchem Schüler*innen praktischen Demokratieerfahrungen machen sollten. Dafür braucht es eine Kultur der Mitbestimmung in allen Angelegenheiten und des Miteinanders auf Augenhöhe. Auch hier sieht der Landtag noch Defizite und fordert die Staatsregierung auf, mehr zu tun.

Der Schüler*innenmitwirkung kommt dabei eine besondere Rolle zu. Sie ermöglicht Schüler*innen ihre Schulen durch gesetzlich gesichteter Rechte und Prozesse mitzugestalten. »Schüler*innenmitwirkung ist eine Pflichtaufgabe der Schule. Schulgesetz und Verordnung machen dazu klare Vorgaben. In der Praxis kommen viele Schulen dieser Aufgabe aber nicht nach. Über Rechte der Schüler*innenmitwirkung wird gezielt nicht informiert, sie werden einfach unter den Tisch gekehrt oder nicht korrekt umgesetzt. Wir begrüßen deswegen ausdrücklich, dass der Landtag sich klar und deutlich für die Stärkung der Schüler*innenmitwirkung ausspricht. Das schließt die Erweiterung und Konkretisierung der Rechte bestehender Strukturen ebenso ein,

wie die flächendeckende Etablierung des Klassenrates als Schüler*innenmitwirkungsorgan«, äußerte sich Lilly HÄRTIG.

Es ist nun Aufgabe des SMK, die Forderungen des Parlamentes nun zügig umzusetzen.